

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Gemeinsame Strategie bei Sonderabfällen

Zweitägiges Umweltministertreffen Schweiz, BRD, Österreich und Liechtenstein zu Ende gegangen

St. Moritz (AP) Die Umweltminister der Schweiz, der BRD, Österreichs und Liechtensteins wollen die Probleme bei der Entsorgung von Sonderabfällen vereint angehen. Sie beschlossen an ihrer Jahrestagung in St. Moritz (GR), eine Arbeitsgruppe unter Führung der BRD zu bilden, die gemeinsame Strategien erarbeiten soll. Wie die Minister im Anschluss an die Tagung am Dienstag weiter mitteilten, herrschte Einigkeit darüber, die Anstrengungen bei der Luftreinhaltung auf den Schwerverkehr zu konzentrieren.

Die vier Staaten wollen im kommenden März an einer diplomatischen Konferenz in Basel ein globales Übereinkommen zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs mit gefährlichen Abfällen unterzeichnen. Sie einigten sich auch auf die Absicht, unmittelbar danach in Genf ein entsprechendes Sekretariat einzurichten, hiess es im Communiqué weiter.

Bei der Luftreinhaltung waren sich die Minister einig, dass die gemeinsamen Bemühungen nun auf den Verkehrsbereich, insbesondere die Verwirklichung eines umweltfreundlichen Lastfahrzeugs, konzentriert werden sollen. Diese neuen Lastwagen sollen international durchgesetzt werden. Die dazu notwendigen Kriterien werden von Fachleuten aus den einzelnen Ministerien in Kürze in Berlin ausgearbeitet. Töpfer nannte namentlich drei Elemente der künftigen LKWs: einen gekapselten Motor, einen Russfilter sowie die deutliche Herabsetzung der Gasemissionen.

Erstmals nahm am diesjährigen Umweltministertreffen das Fürstentum Liechtenstein teil, womit das bisherige Dreier- zum Viertreffen wurde. Die zweitägigen Beratungen seien in einer angenehmen Atmosphäre verlaufen und hätten gezeigt, dass in den vier Ländern eine gemeinsame Umweltpolitik gebe, sagte Bundesrat Flavio Cotti am Dienstag vor der Presse. Neben Cotti als Gastgeber nahmen der deutsche Bundesumweltminister Klaus Töpfer, die österreichische Ministerin Marilies Flemming und der stellvertretende liechtensteinische Regierungschef, Dr. Herbert Wille, am Treffen teil, in dessen Mittelpunkt die Abfallentsorgung und die Luftreinhaltung der vier Staaten stand.

Einsetzung einer Expertengruppe
Im Bereich der Abfallentsorgung herrschte bei den Ministern Einigkeit, dass zur Bewältigung der Sonderabfälle eine internationale Abstimmung dringend notwendig sei, weshalb sie die Einsetzung einer Expertengruppe beschlossen. Die Minister bekräftigten in einer Pressemitteilung, dass in allen beteiligten Staaten trotz aller Bemühungen um Abfallvermeidung und -wiederverwertung die Kapazitäten für Sondermüllverbrennungsanlagen so ausgebaut werden sollen, dass künftig jedes Land selbst die eigenen Abfälle entsorgen kann. Cotti wies darauf hin, dass die technischen Möglichkeiten dazu gegeben seien.



Die Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs, der Schweiz und Liechtensteins erörtern in St. Moritz aktuelle Fragen des Umweltschutzes. Unser Bild zeigt (von links) Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, den schweizerischen Bundesrat Flavio Cotti als Gastgeber, die österreichische Umweltministerin Marilies Flemming und den bundesdeutschen Umweltminister Klaus Töpfer. (Bild: AP)

Einsetzung einer Expertengruppe

Im Bereich der Abfallentsorgung herrschte bei den Ministern Einigkeit, dass zur Bewältigung der Sonderabfälle eine internationale Abstimmung dringend notwendig sei, weshalb sie die Einsetzung einer Expertengruppe beschlossen. Die Minister bekräftigten in einer Pressemitteilung, dass in allen beteiligten Staaten trotz aller Bemühungen um Abfallvermeidung und -wiederverwertung die Kapazitäten für Sondermüllverbrennungsanlagen so ausgebaut werden sollen, dass künftig jedes Land selbst die eigenen Abfälle entsorgen kann. Cotti wies darauf hin, dass die technischen Möglichkeiten dazu gegeben seien.

Rohstoffpreise unter Druck

Hamburg (spk/dpa) Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe haben sich seit Mitte dieses Jahres spürbar abgeschwächt. Sie werden voraussichtlich auch im kommenden Jahr unter Druck bleiben. Die Entwicklung des Dollarkurses und der Zinsen stellt aber nach wie vor einen erheblichen Unsicherheitsfaktor dar. Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg geht in seiner Prognose davon aus, dass die Industrieproduktion in den USA, Westeuropa und Japan 1989 nur verhalten steigen wird. Deshalb werde auch die Zunahme des Rohstoffverbrauchs etwas nachlassen. Bei diesen Perspektiven dürften die Verarbeiter im allgemeinen auch ihre Rohstoffvorräte kaum weiter aufstocken.

Die jüngsten Preisrückgänge - von Juni bis September um 8,2 Prozent nach dem HWWA-Index auf Dollarbasis bei Industrierohstoffen - dürften nach Einschätzung des Instituts ihre Kaufzurückhaltung eher noch vergrössern.

15 Prozent Steigerung für Krankenkassenbeiträge

Die Regierung ersucht den Landtag um einen Nachtragskredit für die Beiträge an Krankenkassen

Die Regierung war bei der Erstellung des Budgets 1988 von einer Steigerungsrate von 8 Prozent für die staatlichen Beiträge an die Krankenversicherungen ausgegangen. Diese Schätzungen haben sich, wie sie in einem Bericht an den Landtag festhält, als zu optimistisch erwiesen. In Wirklichkeit stiegen die Landessubventionen für das Rechnungsjahr 1987, das zur Abrechnung ansteht, um rund 15 Prozent an. Die Beiträge des Staates an die Krankenversicherungen dürften damit 12 Mio Fr. erreichen.

Das Gesundheitswesen und das Versicherungswesen im Bereich der Gesundheit kommt den Staat immer teurer zu stehen. Vor zehn Jahren belief sich der Subventionsbeitrag an die Krankenkassen noch auf 4,4 Mio Fr. mit einer Steigerung von 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Heute muss mit wenigstens 12 Mio Fr. an staatlichen Beiträgen gerechnet werden, wobei die Steigerungsraten im Vergleich zum Vorjahr bereits zweistellige Ziffern erreicht haben. Die Re-

gierung budgetierte für 1988 insgesamt 11,3 Mio Fr. an Staatsbeiträgen an die Krankenkassen, nun unterbreitet sie dem Landtag einen Nachtragskredit von 726 000 Fr.

Einfluss verschiedener Faktoren

Nach dem Krankenversicherungsgesetz aus dem Jahre 1974 leistet der Staat an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der präventivmedizinischen Massnahmen einen jährlichen prozentuellen Beitrag in Höhe von - 60 Prozent der Krankenpflegekosten für die über 65jährigen Versicherten, - 30 Prozent der Krankenpflegekosten für die Versicherten bis zum erfüllten 15. Lebensjahr und für die weiblichen Versicherten vom erfüllten 15. bis zum erfüllten 65. Lebensjahr sowie

- 20 Prozent der Krankenpflegekosten für die übrigen Versicherten.

Für die Kosten des Staates sind nach Angaben der Regierung die Anzahl der

Teilnahme Liechtensteins begrüsst

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Umwelttreffen

Umweltschutz ist keine nationale Aufgabe allein, sondern nur gesamteuropäische Umweltstrategien sind erfolgversprechend. Diese Auffassung vertritt Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille im Anschluss an das Umweltministertreffen der deutschsprachigen Umweltminister in St. Moritz, an dem unser Land erstmals teilnahm.

Das Vierer-Treffen in St. Moritz ist nach den Worten von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille in einer sehr guten Atmosphäre, geprägt vom Willen zur sachlichen Zusammenarbeit, verlaufen. Die Umweltminister der drei anderen Länder, Bundesrat Flavio Cotti, Minister Dr. Klaus Töpfer und Ministerin Marilies Flemming, hätten unterstrichen, dass sie die Teilnahme und die Mitarbeit Liechtensteins an ihrer Konferenz schätzten. Ferner betonte er, dass das Treffen eine Bestätigung für die Arbeit der Beamten gewesen, sei, die sich seit Jahren intensiv mit Umweltfragen beschäftigten. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille war begleitet von Forstmeister Dr. Felix Näscher, Theo Kündler vom Amt für Gewässerschutz, Günther Wanger vom Amt für Volkswirtschaft.

Als bedeutsam bezeichnete Dr. Herbert Wille, dass Liechtenstein seine Position in Umweltfragen habe im Rahmen einer internationalen Ministerkonferenz einbringen können. Da Natur und Umwelt keine politischen Grenzen kennen, ist es nach seiner Auffassung wichtig, die Umweltpolitik mit den Nachbarstaaten abstecken zu können. Eine zielführende Umweltpolitik verlange überall dort, wo sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit ergeben,

eine Mitwirkung aller, auch des kleinen Landes.

Als Position Liechtensteins konnte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille deponieren, dass seit kurzer Zeit ein Abfallgesetz und Bestimmungen über Grundwasserschutz zonen vorliegen würden, dass ein Bodenschutzgesetz dem Parlament unterbreitet worden sei und ein Lärmschutzgesetz sich in Ausarbeitung befinde. Ebenso liege der Entwurf für eine landesweite Landwirtschaftszone vor, und verschiedene Anstrengungen würden unternommen, um das Bewusstsein der Bevölkerung für Umweltschutz und Umwelthanliegen zu schärfen.

In den Arbeitsgruppen, die auf Anregung der vier Umweltminister gebildet werden, um verschiedene Vorschläge zu erarbeiten, wird auch unser Land mitarbeiten. Zusammenarbeit, so unterstrich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille die Bedeutung der Konferenz, sei im Bereich des Umweltschutzes wichtig. Keine nationale Umweltpolitik komme umhin, die nachbarschaftliche wie auch die internationale Dimension mit in die Betrachtung einzubeziehen. Die Beschlüsse zur Harmonisierung der Umweltstandards, beispielsweise die Definition der «Sonderabfälle», seien daher von ausschlaggebender Bedeutung. (G.M.)

Immer noch keine Lohngleichheit

Bern (spk) Im Lohnbereich sind die Frauen in der Schweiz nach wie vor nicht gleichberechtigt. Durchschnittlich liegt ihr Lohn um 28 Prozent tiefer als jener der Männer. Etwa die Hälfte dieser Differenz ist in Ausbildung, Berufserfahrung und Gesundheit begründet, 13,8 Prozent verbleiben aber als ungerechtfertigte Diskriminierungs-Differenz.

Diese Angaben gehen aus dem am Dienstag veröffentlichten Schlussbericht der Arbeitsgruppe «Lohnleichheit von Mann und Frau» hervor. Die Arbeitsgruppe wurde im Sommer 1986 aufgrund eines Postulates der damaligen National- und heutigen Ständerätin Yvette Jaggi (VD/SP) eingesetzt. Neben einer Bestandsaufnahme zu den heutigen Löhnen enthält der Schlussbericht, den die Arbeitsgruppe zuhänden des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) verabschiedete, auch eine Reihe von Massnahmen zur Verwirklichung der Lohnleichheit, wie im Gleichheitsartikel von 1981 in der Verfassung verankert ist.

Die nun veröffentlichten Ergebnisse im Lohnbereich basieren auf statistischen Erhebungen aus den Jahren 1981/82. Danach beträgt die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern insgesamt 41 Prozent. Der Tatsache, dass Frauen im erwerbsfähigen Alter und in den höheren Lohnklassen weniger häufig erwerbstätig sind als Männer, trug die Kommission durch eine sogenannte Selektionskorrektur Rechnung.

Erneut Kämpfe in Afghanistan

Islamabad (spk/dpa) In Afghanistan haben sich die Kämpfe im Osten und Süden offenbar verstärkt. Daher sind sowjetische Streitkräfte aus der Hauptstadt Kabul dorthin verlegt worden. Dies berichteten westliche Diplomaten bei ihrem wöchentlichen Briefing in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad am Dienstag.

Laut ergänzenden Angaben der von den Aufständischen betriebenen Nachrichtenagentur AIP hat eine sowjetische Kolonne die Gegend um Sorubi westlich von Jalalabad erreicht. Die aus Osten angreifenden Mudjaheddin hätten in fünfjährigen Kämpfen die Garnison Ghannikhel und das Hauptquartier der 11. afghanischen Armee in Samarkhel erobert, meldete AIP. In den Kämpfen um Ghannikhel seien 73 Regierungssoldaten umgekommen und 142 gefangen genommen worden.

Kein EG-Beitritt für Finnland

Stuttgart (spk/dpa) Ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, wie er in Österreich und Norwegen diskutiert wird, kommt für Finnland nach den Worten von Aussenhandelsminister Pertti Salolainen grundsätzlich nicht in Frage. In einer Krisensituation habe die EG auch sicherheitspolitische Kompetenzen, denen das neutrale Finnland sich nicht unterstellen könne.

Wenn nach Grossbritannien und Portugal weitere Staaten der EG beitreten würden, so würde die Europäische Freihandels-Assoziation (EFTA) geschwächt, sagte Salolainen am Dienstag in Stuttgart nach einem Gespräch mit dem Regierungschef des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg, Lothar Späth. Allerdings habe zur Zeit kein EFTA-Staat offiziell die EG-Mitgliedschaft beantragt - auch Österreich noch nicht.

Jahresteuierung wieder gesunken

Bern (AP) Die Jahresteuierung ist im Oktober dank dem stärkeren Preisauftrieb im Vergleichsmonat des Vorjahres wieder unter die Zwei-Prozent-Marke gefallen. Sie betrug 1,8 Prozent, verglichen mit Jahresraten von jeweils 2,0 Prozent im Vormonat sowie im Oktober des vergangenen Jahres.

Der Landesindex der Konsumentenpreise erhöhte sich im Vergleich zum September um 0,2 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Dienstag mitteilte. Dass die Jahresteuierung trotz steigendem Index zurückging, ist auf den sogenannten Basiseffekt zurückzuführen: Im Oktober 1987 waren die Konsumentenpreise mit 0,4 Prozent stärker gestiegen als in diesem Jahr. Für die durchschnittliche Jahresteuierung 1988 sowie für die Jahresendrate erwartet der stellvertretende Biga-Direktor Volker Kind eine Deckungsgleichheit bei rund zwei Prozent.

LEICHTER MEHR LEISTEN
MODERN OFFICE
Modern Office AG
im BBZ-Center
FL-9494 Triesen
Tel. 075 / 2 05 05

DENNER-Satellit
Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen
Schaan-Vaduz
Mandarinen
kg 1.25
Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.